

Die "radikale" deutsche Frauenbewegung und ihre Affinität zur Eugenik

Autor(en): **Eggenberger, Katharina**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rosa : die Zeitschrift für Geschlechterforschung**

Band (Jahr): - **(1997)**

Heft 15

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-631368>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die “radikale” deutsche Frauenbewegung

und ihre Affinität zur Eugenik

Die Debatte über die Bevölkerungspolitik und die Wissenschaft der Eugenik zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Deutschland wurde meist von Männern – Politikern und Wissenschaftlern – geführt. Das zentrale Objekt dieser Debatte war jedoch die Frau, ihr Körper, ihre Sexualität und ihre gesellschaftliche Rolle als Mutter. Es gab aber auch Frauen, die sich zu Eugenik äusserten. Ihr Diskurs fand im wesentlichen im Rahmen des 1905 gegründeten “Bund für Mutterschutz” statt.

Der Bund für Mutterschutz

Helene Stöcker (1869-1943)¹ beantragte 1904 im “Verband Fortschrittlicher Frauenvereine” die Gründung einer “Kommission zum Studium der Liebe, Ehe und Mutterschaftsprobleme”. Dieser Vorschlag stiess auf allgemeine Ablehnung. Stöcker und eine weitere Mitschreiberin beschlossen, eine unabhängige Bewegung zu schaffen und begannen mit den Vorarbeiten zur Gründung des “Bundes für Mutterschutz”, dessen Aufruf vor allem unter AerztInnen und ‘RassenhygienikerInnen’, anfangs aber auch bei Max Weber, Zustimmung fand. Der Aufruf wies auf die miserable Situation der unehelichen Kinder und ihrer ledigen Mütter sowie auf die daraus entstehenden Schäden an der “Volkskraft” hin. Publiziert wurde er unter anderem auch im “Archiv für Rassen- und Gesellschafts-Biologie”, dem Publikationsorgan der deutschen ‘Rassenhygiene’ unter der Leitung von Alfred Ploetz, einem der bedeutendsten deutschen ‘Rassenhygieniker’. In seinem Kommentar betonte Ploetz, dass die Aufgabe des “Bundes für Mutterschutz” die Verknüpfung von “Sozial- und Rassenhygiene” sei, mit anderen Worten, dass nur ‘gesunde’ Mütter zu unterstützen seien, um der “Volksgeundheit” einen wahren Dienst zu leisten und der “Entartung” Einhalt zu gebieten.

Im Vordergrund der praktischen Sozialarbeit des Bundes für Mutterschutz stand die Realisierung der wirt-

schaftlichen Selbständigkeit der alleinerziehenden Mütter durch die Errichtung von Mütterheimen und durch Aufrufe zur Arbeitsvermittlung im Publikationsorgan “Mutterschutz: Zeitschrift zur Reform der sexuellen Ethik”. Zudem wurden in Berlin, Hamburg und anderen Städten Beratungsstellen zur Aufklärung und Propagierung von Antikonzeptiva eingerichtet. Die Arbeiterinnen als Zielpublikum wurden wohl mittels der Beratungsstellen angesprochen, konnten aber trotzdem nicht als Mitglieder des “Bundes für Mutterschutz” gewonnen werden.

Mutterschaftsversicherung und Legalisierung der Abtreibung

Die zwei zentralen Anliegen des Bundes für Mutterschutz waren die Schaffung einer Mutterschaftsversicherung und die Legalisierung der Abtreibung. Das Anliegen der Mutterschaftsversicherung wurde dabei im Zusammenhang mit Argumenten für eine ‘Rassenhygiene’ diskutiert. Der Bund für Mutterschutz verstand die Mutterschaftsversicherung als primäre Bedingung für den Mutterschutz, welcher wiederum als wichtigster Bestandteil des Kinderschutzes betrachtet wurde, ausgehend von der Überzeugung, dass auch erworbene Eigenschaften vererbbar seien. Das Kind, welches die “Weiter- und Höherentwicklung” des Evolutionsprozesses verkörpere, bedürfe einer biologisch verantwortlichen Erziehung durch die Mutter, unterstützt durch die staatliche Sozialpolitik. Die Mutterschaftsversicherung konnte erst im ersten Kriegsjahr verwirklicht werden. Dies ist jedoch eher als eine allgemein bevölkerungspolitische Taktik zu interpretieren, denn als eine frauenspezifische Politik, da die Bevölkerung im Krieg den “nationalen Reichtum” darstellte.

Die Forderung nach der Abschaffung des Paragraphen 218 des deutschen Reichsstrafgesetzbuches, das heisst die Legalisierung der Abtreibung, bedeutete für Helene Stöcker die Realisierung des “ethischen Indivi-

dualismus“, worunter sie die Verantwortung des freien Individuums für seine biologische Fortpflanzung im Dienste des Kollektivs verstand. Andere Mitglieder betrachteten die Abtreibung als „Teil des natürlichen Ausleseprozesses im Sinne der Korrektur der Natur“, das heisst, als wissenschaftlich-technische Korrektur des Zivilisationsfortschritts, welcher durch die neuen Erkenntnisse der Wissenschaft erzeugt worden war.

Helene Stöcker und die „Reform der sexuellen Ethik“

Helene Stöcker, die zentrale und zugleich umstrittenste Figur im Bund für Mutterschutz, kämpfte nicht nur gegen die männliche Doppelmoral, die einerseits Prostitution stützte und andererseits alleinerziehende, unverheiratete Mütter ächtete, sondern sie prangerte auch vor allem die jahrhundertelange Unterdrückung des weiblichen Begehrens an. Sie schätzte August Bebel's bahnbrechendes Buch „Die Frau und der Sozialismus“ (vgl. den Artikel über August Bebel), folgte aber Nietzsches Philosophie, wenn sie betonte, dass der Aufruf Nietzsches laute, von der blossen Weltinterpretation zur Weltveränderung zu schreiten. In ihrem Eröffnungsartikel der Zeitschrift „Mutterschutz: Zeitschrift zur Reform der sexuellen Ethik“ formulierte sie die Notwendigkeit einer Reform mit folgenden Worten: „(...) Die alten konventionellen Moralanschauungen stammen aus einer sonst überwundenen Kulturepoche und lasten darum heute, unter ganz veränderten Verhältnissen, mit um so stärkerem Drucke auf uns.(...)“ Ihre Moralanschauung bestand aus einem Konglomerat der Philosophie Nietzsches und der eugenischen Wissenschaft Francis Galtons. Galton erhob den Anspruch, Nietzsches Utopie einer „Höherentwicklung“ der Menschheit durch seine biologische und statistische Analyse des Mechanismus der Vererbung verwirklichen zu können. Stöcker verstand ihre Sexualpolitik integrativ im Sinne eines Versuchs, alle „fortschrittlichen“ Kräfte in der Arbeit zur Aufklärung der Bevölkerung und im Kampf gegen den „Kontrollstaat“ zu vereinen, um die Eugenik als eine ‘neue Religion’ umzusetzen.

Frauenemanzipation und neomalthusianische Bewegung

Die „radikale“ Frauenbewegung sah die entscheidende Voraussetzung für die Frauenemanzipation in der

von der neomalthusianistischen² Bewegung propagierten Anwendung von empfängnisverhütenden Mitteln. Durch selbstbestimmte Geburtenkontrolle sollte die Frau aus der Rolle der „Produzentin von Lohnarbeitern und Soldaten des Kapitals“ befreit werden. Nach Stöcker beruhte die Frauenemanzipation auf der Trennung von Liebe und Fortpflanzung. Diese Trennung war ihrer Ansicht nach mit der individuellen Verantwortung für die „Höherentwicklung“ des Menschengeschlechts zu verknüpfen. Nicht die von ÄrztInnen geforderte Sterilisation von sogenannt ‘minderwertigen’ Frauen, sondern weibliches Selbstbestimmungsrecht und Aufklärungsarbeit sollten die, mit Foucaults Worten gesprochen, „biologische Verantwortlichkeit“³ internalisieren. Die Eugenik stellte die neue Gesellschaftsnorm für die freien Individuen dar, um die Utopie von der Schaffung des perfekten Menschen zu verwirklichen.

1911 transformierte sich der Bund für Mutterschutz zur „Internationalen Vereinigung für Mutterschutz und Sexualreform“ und arbeitete eng mit der neomalthusianischen Bewegung zusammen. Das nun gemeinsame Publikationsorgan „Neue Generation“ dekonstruierte den Mythos des „Untergangs des Abendlandes“ durch den Geburtenrückgang. Für die hohe Säuglingssterblichkeit wurde vielmehr die Doppelbelastung der Frau — Arbeiterin und Mutter — verantwortlich gemacht und es wurde einmal mehr die Forderung nach einer staatlichen Sozialpolitik laut, die der Frau erlaube, ihre „biologische Verantwortlichkeit“ wahrzunehmen.

Der Erste Weltkrieg – Weimarer Republik – 14. Juli 1933

Helene Stöcker war bereits bei Kriegsausbruch vehement gegen den Krieg, da er ihrer Ansicht nach für die gesellschaftliche Position der Frauen in der Gesellschaft nur katastrophale Auswirkungen haben konnte. Viele ihrer Mitstreiterinnen der „radikalen“ Frauenbewegung waren hingegen dem Zauber der nationalen Kriegsbegeisterung vorerst erlegen, bis sie sich des Ausmasses des Krieges bewusst wurden. Im Gegensatz zu den RassenhygienikerInnen, die sich ebenfalls nach anfänglicher Kriegsbegeisterung dem Pazifismus zuwendeten, vertrat die „radikale“ Frauenbewegung nicht die Ansicht, dass der Krieg eine Qualitätseinbusse der „Volkskraft“ zur Folge haben werde und sich die farbigen „Rassen“ in einem bedrohlichen Ausmass vermehren würden. Sie blieben

ihrem Leitbild treu, dass Eugenik auf der Basis der Selbstbestimmung als handlungsorientierende Instanz für jedes einzelne Individuum zu wirken habe.

Während der Weimarer Republik arbeiteten die Sexualberatungsstellen der "Internationalen Vereinigung für Mutterschutz und Sexualreform" mit den staatlichen Eheberatungsstellen zusammen. Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1930 und der am 28. Februar 1933 erlassenen "Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat" waren Vereine wie die "Internationale Vereinigung für Mutterschutz und Sexualreform" zur Auflösung oder unter Vorlage neuer Satzungen zum Anschluss an die Unterorganisationen der NSDAP gezwungen. Sie legte keine neue Satzungen vor und hörte damit auf zu existieren. Im selben Jahr emigrierte Helene Stöcker, die jüdischer Abstammung war, aus Deutschland.

Das am 14. Juli 1933 verabschiedete Sterilisationsgesetz widersprach den Vorstellungen der "Radikalen". Das Spezifische an ihrem "Rassenhygieneprogramm" war, dass staatlich garantierte finanzielle Sicherheit und die Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse der Frau die Möglichkeit geben sollten, selbst die eugenischen Verantwortlichkeit zu übernehmen und ihr gemäss zu handeln.

Der eugenische Diskurs der "radikalen" Frauenbewegung kann also weder als zeitbedingt abgetan noch kann er als direkter Vorgänger des Sterilisationsgesetzes und der Euthanasie des Naziregimes interpretiert werden.

Eugenik 1997: Überlegungen zu einem NZZ-Artikel

Wie am Beispiel der "radikalen" Frauenbewegung gezeigt wurde, können eugenische Denkinhalte Affinitäten zu verschiedenen Diskursen aufweisen, welche sich explizit für individuelle Selbstbestimmung und persönliche Verantwortung aussprechen. Eugenik darf also nicht nur im direkten Zusammenhang mit der Ausübung von staatlicher Gewalt und Zwang gesehen werden, wie das hinsichtlich der Epoche des Naziregimes diskutiert wird. Vielmehr muss von einem erweiterten Eugenikbegriff ausgegangen werden. Ebenso bedarf es einer ausgewogenen Betrachtung zur Wahrnehmung dessen, was sich in der Gegenwart in Debatten um Eugenik abspielt, und zwar indem historische Zusammenhänge mitberücksichtigt werden. Ein aktuelles Beispiel sei hier genannt: die

Diskussion über pränatale Diagnostik und Präimplantationsdiagnostik. Die Frage, ob die Präimplantationsdiagnostik als eine Form der Eugenik angesehen werden sollte oder nicht, wird von zwei Ethikern der Universität Zürich in einem NZZ-Artikel vom 10. Juni 1997 verneint. Ihre Begründung lautet, dass man in dieser Diskussion gerade von dem durch die Eugenik verletzten ethischen Grundsatz ausgehe, nachdem es prinzipiell im Ermessensspielraum der Individuen stehe, ob, wann und unter welchen Umständen Kinder zur Welt gebracht werden (vgl. NZZ, 10. Juni 1997, S. 15. "Präimplantationsdiagnostik - das kleinere Übel: Ethische Überlegungen zur Untersuchung des Embryos in vitro", von: Klaus Peter Rippe und Peter Schaber). Solange jedoch diese individuelle Entscheidungsfreiheit von der Präimplantationsdiagnostik unverletzt bleibt, kann gemäss Artikel nicht von eugenischen Denkinhalten gesprochen werden. Dies ist die Rahmenbedingung der Argumentation von Rippe und Schaber. Wird hingegen von einem erweiterten Eugenikbegriff ausgegangen, kommen andere Aspekte von eugenischem Denken in den Blick, wie dies am Fall der "radikalen" Frauenbewegung aufgezeigt wurde. Eugenisches Gedankengut kann auch auf eine sehr viel subtilere Weise als durch Verletzung der Persönlichkeitsrechte in eine Gesellschaft einfließen.

Katharina Eggenberger

Weitere Informationen sind meiner Arbeit, die im Rahmen des Seminars von Herrn Prof. Jakob Tanner "Degenerationstheorien, Dekadenzbefürchtungen und Eugenik vor dem Ersten Weltkrieg" im Sommersemester 1997 geschrieben wurde unter dem Titel "Henriette Fürth und ihre Interpretation der Eugenik", zu entnehmen.

¹ Nach ihrer Ausbildung zur Lehrerin, promovierte sie als erste Frau in Deutschland zur Dr. phil. in Philosophie, Kunstgeschichte und deutscher Literaturwissenschaft.

² Der Neomalthusianismus erwartet die Einschränkung der Bevölkerungsvermehrung von der Anwendung empfängnisverhütender Mittel, die Malthus ablehnte, und der Freigabe des Schwangerschaftsabbruches. Aus: F. A. Brockhaus, Wiesbaden 1979, 7. Band, Der Grosse Brockhaus.

³ Foucault, Michel. Der Wille zum Wissen: Sexualität und Wahrheit, Bd. I. Frankfurt a. M. 1995(8), S.121.

Ausgewählte Literatur zur Eugenik

Allgemein

- Schwartz, Michael. Sozialistische Eugenik: Eugenische Sozialtechnologien in Debatten und Politik der deutschen Sozialdemokratie 1890-1933. Bonn 1995.
- Weindling, Paul. Health, Race and German Politics between National Unification and Nazism, 1870-1945. Cambridge 1989.
- Weingart, Peter. The rationalization of sexual behavior: The institutionalization of eugenic thought in Germany, in: Journal of the history of biology, 20 (1987), 159-193.
- Weingart, Peter / Kroll, Jürgen / Bayertz, Kurt. Rasse, Blut und Gene: Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland. Frankfurt a. M. 1996(2).

Geschlechtsspezifisch

- Allen, Anne Taylor. German Radical Feminism and Eugenics, 1900-1918, in: German Studies Review, 11 (1988), 31-56.
- Bergmann, Anna. Die verhütete Sexualität: Die Anfänge der modernen Geburtenkontrolle. Hamburg, 1992.
- Bock, Gisela. Zwangssterilisation im Nationalsozialismus: Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik. Opladen 1986.
- Geyer-Kordesch, Johanna / Kuhn, Annette (Hg.). Frauenkörper, Medizin, Sexualität: Auf dem Weg zu einer neuen Sexualmoral. Düsseldorf 1986.
- Grossenreiter, Anna. Die Sterilisation in den 1920er und 1930er Jahren als Sozialpolitik und medizinisches Mittel, in: Jaun, Rudolf / Studer, Brigitte (Hg.). weiblich-männlich. Geschlechterverhältnisse in der Schweiz: Rechtssprechung, Diskurs, Praktiken. Zürich 1995.
- Herlitzius, Annette. Frauenbefreiung und Rassenideologie: Rassenhygiene und Eugenik im politischen Programm der „Radikalen Frauenbewegung“ (1900-1933). Wiesbaden/ Leverkusen 1995.
- Janssen-Jureit, Marie Louise. Sexualreform und Geburtenrückgang - über die Zusammenhänge von Bevölkerungspolitik und Frauenbewegung um die Jahrhundertwende, in: A. Kuhn/ G. Schneider (Hg.). Frauen in der Geschichte 1. Düsseldorf, 1984 (3).

MOMA: INHALTE STATT SCHLAGZEILEN

Monatsmagazin für neue Politik

12.96/1.97: Süchtige Gesellschaft. Vom Kaufrausch zur Drogenpolitik
 2.97: Mythos Schweiz: Geschichte ohne Zukunft
 3.97: Sicher ist sicher? Die Schweiz zwischen Igelmentalität und Nato-Beitritt
 4.97: Zukunftsfähige Schweiz. Nachhaltig wachsen, vordenkend schrumpfen?
 5.97: Arbeit oder Erwerb? Achtung, fertig, arbeitslos
 6.97: Geschlecht und Gewalt: Mächtige Frauen und gewaltige Männer
 7/8.97: Politik in der globalen Sackgasse - neuer Internationalismus?
 aktuell Nr. 9/10.97: Weisse Flecken. Die Mühen der Schweiz auf dem Weg aus der nationalen Depression - Christlicher Antijudaismus und Schweizer Flüchtlingspolitik - Zionistenkongress und Gegenveranstaltungen - Hannah Arendts jüdischer Antizionismus

Damit brennende Fragen eine feministische, ökologische und soziale Antwort erhalten.

Der MOMA-Einstieg für Historikerinnen

Name, Vorname

Adresse

PLZ, Ort

Ich bestelle:

- ☐ ein Probeabo 3 Nummern 20.-
☐ ein Jahresabo 12 Nummern 85.-
☐ ein Studiabo für ein Jahr 60.-

Einschicken an: MOMA, Postfach, 8031 Zürich. Fax. 01/273 02 12

Damit neue Politik in der Schweiz eine Chance hat